

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841  
Mobil 0171-6853504  
albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Voraus per Fax an 02051-945-20

**Amtsgericht Velbert  
Vollstreckungsgericht**

**Nedderstrasse 40  
42549 Velbert**

**Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer, VG 27 K 308.14,**  
Kirchstr.7, 10557 Berlin, Fax 030-9014-8790

Velbert, 04.Nov. 2017

**Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von  
Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit  
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17**

im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal, Hofaue 23, 42103 Wuppertal,  
Aktz. Kassenzeichen 100024389 271 4+16 (staatlicher Täter)  
gegen Unterzeichner (Opfer, Justizopfer)

**Begründung:**

**01. Unterzeichner ist nicht Schuldner, sondern als  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer  
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter  
Sippenzerschlagung mit Todesfolge  
ein Justizopfer ohne anwaltliche Unterstützung  
trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in  
Deutschland und Europa**

**Politisch motivierte Zerschlagungen**

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre  
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge  
sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen des Opfers seit 2010:

**> Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten  
Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden  
Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution  
in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung

> **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 7: Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen** unter Verantwortung deutscher Justiz, mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut, mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (Rehabilitierung), mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, ohne Unterstützung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt, für den ein juristischer Scherbenhaufen wirklich zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

### **Politisch motivierte Zerschlagungen**

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind ein juristischer Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz:

**Das wehrlose Justizopfer, ohne Unterstützung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt für eine nicht alltägliche Rechtsanwendung**, insbesondere dem Missbrauch von Staatsgewalt, strafbarer Rechtsbeugung und massivem Verstoß gegen internationale Menschenrechte durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ausgeliefert, weist die perfide Bösartigkeit dieser Staatsanwaltschaft zurück, staatliche Übergriffe auch noch in Rechnung stellen zu wollen.

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein

### **Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):**

**„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“**, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. **Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.**

**Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen.** Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

**Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa  
**Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen**

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

**Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1

**Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW**

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

**Zerschlagung 3:** unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperrung, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007

**Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei, trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des Klägers**

Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

**Zerschlagung 4: Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit** (Versicherungszweck ist soziale Sicherheit) unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage/Altersarmut:

**Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

**Zerschlagung 5:** unter Verantwortung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte

**Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz**

Klageerzwingungsverfahren am BGH und  
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

**Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage in 2017 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und**

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte  
Eskalation zu Sippenerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf  
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte  
mit ständiger Versagung des  
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,  
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,  
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf  
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

**02. Schuldner ist nicht der Unterzeichner, sondern der staatliche Täter mit skrupelloser, diskriminierender, diffamierender, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, weil Anspruch auf Schadenersatz, Rehabilitierung und Schmerzensgeld Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zu sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4) und massiver Verstoß gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5) Missachtung des Einspruchs vom 07.Sept. 2017 und Missbrauch von Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin für aktive Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenerschlagung mit Todesfolge**

Das Opfer hat mit seinem Einspruch vom 07.Sept. 2017 (Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02) unmissverständlich Widerstand gegen missbräuchliche Anwendung von Staatsgewalt kommuniziert. Der Einspruch ist eine Willenserklärung, mit der man zu erkennen gibt, mit einer Entscheidung oder einem Verfahren nicht einverstanden zu sein, eine Möglichkeit, gegen eine nachteilige Entscheidung einer Behörde vorzugehen, ein Rechtsbehelf, der gegen bestimmte Verwaltungsakte eingelegt werden kann. ein Rechtsbehelf gegen bestimmte gerichtliche Entscheidungen. Der Obergerichtsvollzieherin ist strafbare Ignoranz vorzuwerfen, weil Sie den Einspruch wegen **extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe** überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat, weil sie in ignoranter Weise das staatliche Gewaltmonopol missbraucht hat und weil sie sogar ihren Faxanschluss inaktiviert hat (siehe Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02, Sendeprotokolle Fax11, Fax12, Fax13), um die Kenntnis von strafbarer Rechtsbeugung zu verhindern  
Siehe Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01.

**Darüber hinaus wurde längst gegen die Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet mit anschließendem Klageerzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht:**

Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren zu Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, zu schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, zu massivem Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen (**Zerschlagung 5**)

**Sieh Verfassungsbeschwerde vom 14. Februar 2016**

nach Eskalation von schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 und nach Anzeige und Klage vom 22.06.2014 beim Amtsgericht Mettmann wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Die Obergerichtsvollzieherin sagt **die Unwahrheit**, indem Sie behauptet, das Opfer habe Ihren Termin versäumt, ggf. ohne ausreichende Entschuldigung.  
**Tatsache ist, dass die Obergerichtsvollzieherin einer nicht überwindbaren Befangenheit unterliegt, weil es für sie nicht vorstellbar ist, dass es für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand gibt (sieh Art.20 Abs.4 GG)**

Offensichtlich wurde hier das blindgläubige Vertrauen einer ahnungslosen Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt ausgenutzt, von einer **skrupellosen, diskriminierenden, diffamierenden, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft gegen wehrlose Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit massivem Verstoß gegen internationale und europäische Menschenrechte, und deutsche Grundrechte.**

In diesem Zusammenhang wird hier darüber informiert, dass vom Opfer im September 2017 das Bundesverfassungsgericht **mit 3 Verfassungsbeschwerden** angerufen wurde wegen Versagung von rechtlichem Gehör am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Zerschlagung 3) und wegen Versagung von rechtlichem Gehör am Landgericht Wuppertal (Zerschlagung 1 und 2)  
**dass vom Opfer am Verwaltungsgericht Berlin Rehabilitierung mit Schadenersatz und / oder entsprechender Förderung intensiv beklagt wird.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>  
Scroll down after link (page 41)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>  
Scroll down after link (page 50)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>  
Scroll down after link (page 29)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch Obergerichtsvollzieherin Kreyenpoth sind hiermit ausführlich begründet.

Velbert, 04. Nov. 2017



Albin L. Ockl

### **Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01**

Förmliche Zustellung der OGV'in Kreyenpoth vom 18.10.2017 (zugestellt am 23.10.2017)

### **Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02**

Einspruch des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom 07.Sept.2017

#### **Anlage Zerschlagung5-01**

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

#### **Anlage Zerschlagung5-02**

Urteil vom 10.08.2016 mit **strafbarer Rechtsbeugung**:

Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen fiktiver, wahrheitswidriger Verkehrsordnungswidrigkeit mit unerträglicher Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft

### **Die detaillierten Ausführungen zu**

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von

Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 sind zusätzlich nachlesbar in der

Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841  
Mobil 0171-6853504  
albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Voraus per Fax an 0202-498-3504

**Landgericht Wuppertal  
Beschwerdegericht zu  
16 M 1104/17 Amtsgericht Velbert**

**Eiland 1  
42103 Wuppertal**

Velbert, 30.Jan.2018

**Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 1104/17 des  
Amtsgerichtes Velbert** vom 15.Jan.2018 (eingegangen am 18.Jan.2018)  
mit Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung wegen mehrfachen  
Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit  
Anweisung durch die beklagte Bundesregierung / Bundeskanzleramt  
mit Anspruch auf Schmerzensgeld nach  
**Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von  
Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit  
Zwangsvollstreckungsache 1 DR II 1102/17**  
im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal, Hofaue 23, 42103 Wuppertal,  
Aktz. Kassenzeichen 100024389 271 4+16 (staatlicher Täter)  
**im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer  
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter  
Sippenzerschlagung mit Todesfolge  
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld,  
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,  
für Schadenersatz und Rehabilitierung,  
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-  
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

**Bundesrepublik Deutschland**, hier vertreten von weisungsgebundener  
Staatsanwaltschaft Wuppertal, Schuldner für Staatshaftung  
**Albin Ockl** (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis  
6, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems),



**Begründung** mit fortlaufender Nummerierung:

**03. Justiz eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems: Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt) mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitation, für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

**04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG**

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation**

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

**05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG**

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010**

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge** sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

**06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:**

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor

Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter

Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit

verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für

Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich (2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert ist

**Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft „Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem: Frontalangriff auf das Grundgesetz**

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

**Zu 03. Justiz eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems: Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt) mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

Der Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz vom 04.Nov.2017 Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal gestellt. Sieh Anlage LG-1802.  
Der Schriftsatz enthält folgende Kapitel:

**Kapitel 01.** Unterzeichner ist nicht Schuldner, sondern als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge ein Justizopfer ohne anwaltliche Unterstützung trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

**Kapitel 02.** Schuldner ist nicht der Unterzeichner, sondern der staatliche Täter mit skrupelloser, diskriminierender, diffamierender, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, weil Anspruch auf Schadenersatz, Rehabilitierung und Schmerzensgeld Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zu sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4) und massiver Verstoß gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5) Missachtung des Einspruchs vom 07.Sept. 2017 und Missbrauch von Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin für aktive Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Das Opfer hat mit seinem Einspruch vom 07.Sept. 2017 (Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02) unmissverständlich Widerstand gegen missbräuchliche Anwendung von Staatsgewalt kommuniziert. Der Einspruch ist eine Willenserklärung, mit der man zu erkennen gibt, mit einer Entscheidung oder einem Verfahren nicht einverstanden zu sein, eine Möglichkeit, gegen eine nachteilige Entscheidung einer Behörde vorzugehen, ein Rechtsbehelf, der gegen bestimmte Verwaltungsakte eingelegt werden kann. ein Rechtsbehelf gegen bestimmte gerichtliche Entscheidungen. Der Obergerichtsvollzieherin ist strafbare Ignoranz vorzuwerfen, weil Sie den Einspruch wegen **extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe** überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat, weil sie in ignoranter Weise das staatliche Gewaltmonopol missbraucht hat und weil sie sogar ihren Faxanschluss inaktiviert hat (sieh Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02, Sendeprotokolle Fax11, Fax12, Fax13), um die Kenntnis von strafbarer Rechtsbeugung zu verhindern  
Sieh Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01.

**Darüber hinaus wurde längst gegen die Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet mit anschließendem Klageerzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht:**

Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren zu Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, zu schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, zu massivem Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen (**Zerschlagung 5**)

### **Sieh Verfassungsbeschwerde vom 14. Februar 2016**

nach Eskalation von schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 und nach Anzeige und Klage vom 22.06.2014 beim Amtsgericht Mettmann wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Die Obergerichtsvollzieherin hat **die Unwahrheit gesagt**, indem Sie behauptet hat, das Opfer habe Ihren Termin versäumt, ggf. ohne ausreichende Entschuldigung. **Die Obergerichtsvollzieherin wurde schriftlich per Post informiert, weil sie trotz mehrfacher Bemühungen per Fax nicht erreichbar war.**

Tatsache ist, dass die Obergerichtsvollzieherin einer nicht überwindbaren Befangenheit unterliegt, weil es für sie nicht vorstellbar ist, dass es für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand gibt (siehe Art. 20 Abs. 4 GG)

In diesem Zusammenhang wurde darüber informiert, dass vom Opfer im September 2017 das Bundesverfassungsgericht **mit 3 Verfassungsbeschwerden** angerufen wurde wegen Versagung von rechtlichem Gehör am **Verwaltungsgericht Düsseldorf** (Zerschlagung 3) und wegen Versagung von rechtlichem Gehör am **Landgericht Wuppertal** (Zerschlagung 1 und 2)

dass vom Opfer zur Zeit **am Verwaltungsgericht Berlin** Rehabilitierung mit Schadenersatz und / oder entsprechender Förderung intensiv beklagt wird.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Darüber hinaus muss das Opfer nun feststellen, dass vom **Amtsgericht Velbert und Amtsgericht Mettmann** eine verfassungswidrige Doppelverfolgung betrieben wird.

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin wurden hiermit ausführlich begründet.

**Die detaillierten Ausführungen** von Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt (Anlage LG-1802) sind zusätzlich nachlesbar im Internet:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

**Zu 04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG**

**Aktuelle Hintergrundinformationen zu**

**Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation**

**seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden**

**Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von**

**Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**

**Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**

**Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).**

**Besonders diskriminierend:**

**Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung**

**Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?**

**Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen**

Das herausragende Lebenswerk des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen sind Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: die

**Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)**

mit dem weltweit größten Congressangebot zur digitalen Evolution in Deutschland und Europa > > > [www.euro-online.de](http://www.euro-online.de)

Sieh auch weiterführendes Congressmesse-Archiv

<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses weltweit herausragende Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört mit einer gigantischen Umverteilungspolitik,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

**Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**

**Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**

**Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017)**

Die gigantische Umverteilungspolitik verursachte

**gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010.**

Gerhard Schröder referierte auf der **Europäischen Congressmesse ONLINE'91** auf Einladung des Justizopfers:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Gerhard Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-1998), **Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

**Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.**

Zum VIP-Treffen ist der Ministerpräsident **nicht** erschienen, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben.

Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

## **Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

**Das ist das Lebenswerk des Justizopfers**, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, **es kann nichts anderes**. Aber das professionell und mit Perfektion.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze. "8 Congresses in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**

**32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche** waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller und

**abschließende, ganztägige Tutorials** mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den

**"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel unter „Federführung“ der Beklagten, des Bundeswirtschaftsministeriums)** in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

## **Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.**

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung wurde **das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet.**

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das **größte Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war: **Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001**, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin 2017 ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002:

Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des**

**Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,**

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der gigantischen Umverteilungspolitik wurde auch dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt.

Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute? Altkanzler Gerhard Schröder ist Putin-Berater mit dicker Bundeskanzler-Pension.**

Die deutsche Digital-Branche ist dank seiner gigantischen Umverteilungspolitik in einem jämmerlichen Zustand:

**Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.**

Die ganze Tragweite dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

#### **Wertvollste Unternehmen**

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8.

**Besonders diskriminierend:**

**Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin wurde kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:** nur z.B.

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - **Neue Aufgaben für Aufbau Ost:** Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - **Koalitionsvertrag und Breitband-Internet**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -

**Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum** – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -

**Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -  
**Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze:** Neubeginn für Leistungsträger  
des Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -  
**Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende**  
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

**Erdrückende Beweislage** durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder  
durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Dieses Beweismaterial wurde in 2014/2015 vorgelegt bei

**27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14, Juni 2014)**

**27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (27 K 308.14)**

**2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)**

**18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)**

**III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)**

**BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 zu III ZB 108/15)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

**Umverteilung kann nicht darin bestehen,**

dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird,  
dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in  
Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener  
Altersarmut anschließend von einer weisungsgebundenen, skrupellosen,  
diskriminierenden Staatsanwaltschaft mit beklagten Weisungsgeber  
(Bundeskanzleramt) und von Obergerichtsvollziehern sozialer  
Pflichtversicherungen ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf  
getrieben wird.

Dies alles trotz erdrückender Beweislage, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

**Das ist Faktenlage 2018 in deutscher Justiz** (sieh politisch motivierte  
Zerschlagungen 1 bis 6)

Deutsche Justiz hat Defizite von den Amtsgerichten bis zum  
Bundesverfassungsgericht.

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf, Justiz muss definitiv bei politisch  
motivierten Zerschlagungen einschreiten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>



**Zu 05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG**

**Aktuelle Hintergrundinformationen zu**

**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010**

**Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018**

**mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.**

**Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems**

**Politisch motivierte Zerschlagungen**

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen des Beschwerdeführers seit 2010:

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung

> **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagungswende?** : Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz ? mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut ?

mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (**Rehabilitierung**) mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa ?

ohne qualifizierte anwaltliche Unterstützung, weil die anwaltliche Vertretung eines Justizopfers (juristischer Scherbenhaufen politisch motivierter Zerschlagungen) mit PKH-Konditionen zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

> **Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):**  
**„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen. Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen.**  
Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

**Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!**

**Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.**

Den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, bis heute abgestraft mit Versagung selbst einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung, in jahrelangem Streit mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, ohne anwaltliche Unterstützung, bis heute abgestraft mit Versagung von rechtlichem Gehör. **Gegen eine Wand des Schweigens!**

**Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa  
**Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen**

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz

am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit

Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

**Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1

**Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW**

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

**Zerschlagung 3:** unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in **Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperrung, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007**

**Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei, trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des Klägers**  
Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

**Zerschlagung 4: Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit** (Versicherungszweck) unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage/Altersarmut:

**Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

**Zerschlagung 5:** unter Verantwortung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte, mit **beklagten** Weisungsgeber (Bundeskanzleramt)  
**Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter,**

**massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz, Rechtsanspruch auf Schmerzensgeld wegen staatsanwaltschaftlicher Misshandlungen**

Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

**Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage in 2017 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin**

**Bis heute (2018): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge,**

**nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und**

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern, mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod **Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer, VG 27 K 308.14 seit 2011**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

**Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und verfassungswidriger Doppelverfolgung!**

**Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6 wehrt sich seit 2010 gegen staatliche Übergriffe auf Anraten des Deutschen Bundespräsidenten**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

**und auf Anraten des Deutschen Bundestags**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

**Trotz aller juristischer Anstrengungen konnte** das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6 bis heute nicht verhindern, dass es zum **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems** gemacht wurde:

### **Herrschaft des Unrechts**

**oder so funktioniert das teuflische Unrechtssystem:**

Die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für das wehrlose Justizopfer werden abgetrennt und mit Versagung von rechtlichem Gehör zu deren Ursachen wird das **Justizopfer verantwortlich gemacht für die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen:**

So werden Pflichtversicherungen zu sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung missbraucht. Sieh Anlage „**Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4**“

So werden internationale Menschenrechte z.B. durch Missbrauch von Erzwingungshaft ausgeschaltet durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft mit der perfiden Überzeugung, einen Kostenanspruch für solche Verfahren auch noch mit Zwangsmaßnahmen durchsetzen zu können. Sieh „**Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5**“

Dem Justizopfer wird eventuell auch eine anwaltliche Vertretung mit Prozesskostenhilfe zugestanden. Jedoch:

**Eine qualifizierte anwaltliche Vertretung des Justizopfers ist praktisch unmöglich**, weil qualifizierte Rechtsanwälte nicht bereit sind, zu PKH-Konditionen die anwaltliche Vertretung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens zu übernehmen.

**Justizopfer** wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern viel schlimmer:

**Justizopfer** ist Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts), z.B. durch ständige Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör, **ein besonders schwerer Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht nach Art.103 Abs.1 GG**

im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge **bei der Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen**

**Zu 06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor  
Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen  
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter  
Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit  
verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für  
Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich  
(2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert ist  
Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von  
Staatsgewalt  
durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft  
„Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender  
Doppelverfolgung  
am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert  
zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers  
in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung  
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe  
in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem:  
Frontalangriff auf das Grundgesetz**

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung  
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit  
Todesfolge  
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör  
für Staatsschuld,  
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,  
für Schadenersatz und Rehabilitierung,  
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für  
digitale Evolution in Deutschland und Europa  
soll einer Obergerichtsvollzieherin, die sowieso nichts verändern kann, ein  
**teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem erklären.**

Selbst bei schriftlichen Erklärungsversuchen mit erfolglosen Faxversuchen (sich  
Fax11, Fax12, Fax13 in Anlage Zerschlagung5-01, Anlage Staatsgewalt-  
Missbrauch 02) versteht die Dame nur noch „Bahnhof“ (tatsächlich pure Realität),  
wirft dem Opfer Terminversäumnis ohne ausreichende Entschuldigung vor und  
setzt noch einen drauf: Eintragung ins zentrale Schuldenverzeichnis. Sieh Kapitel  
03. Widerspruch ist unvermeidbar. Für den Beschwerdeführer nicht mehr  
nachvollziehbar: Warum muss auch noch eine Obergerichtsvollzieherin, die  
sowieso nichts verändern kann, hier eingeschaltet werden?  
Das ist verantwortungsloser, teuflischer Missbrauch von Staatsgewalt, um eine  
maximale Schädigung des Opfers zu erreichen:  
2xBußgeld + Zwangsgeld + Eintragung in zentrales Schuldenverzeichnis +  
Freiheitsberaubung +

Eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem beklagten  
Bundeskanzleramt kann dies erklären und die Judikative, die im Gegensatz zur  
Obergerichtsvollzieherin etwas verändern kann, **versagt jegliches Gehör und  
schaut weg in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden  
Unrechtssystem.**  
**Das Treiben der Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Velbert und am  
Amtsgericht Mettmann ist längst sowas von verfassungswidrig. Ein  
Verfassungsverstoß nach dem andern.**

Doppelverfolgung wegen einer „Geldbuße“ aus Urteil mit Rechtsbeugung:

Eine „Geldbuße“ aus einem **Urteil mit Rechtsbeugung** (Anlage 1803a) und  
> ihre Eintreibung am Amtsgericht Mettmann (**Anlage LG-1804 a**  
Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom  
22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft  
von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler) und  
> ihre Eintreibung am Amtsgericht Velbert ( **Anlage LG-1801**  
Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018:  
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch Doppelverfolgung).

Der Vorwurf der Doppelverfolgung bei der Eintreibung einer rechtswidrigen  
Geldbuße ist leicht erkennbar: Sieh

**Anlage LG-1805 a**

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der  
Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth vom 01.09.2017 mit

**Anlage LG-1805 b**

Zweitschrift der Staatsanwaltschaft für den Gerichtsvollzieher  
mit 180 € aus Urteil vom 10.08.2016

**Teuflich:** So soll der Vollstreckungsschuldner aufs Kreuz gelegt und  
betrogen werden: Verfassungswidrige Spitzenleistung!

**Doppelte Vollstreckung mit Freiheitsberaubung** unter dem  
Deckmantel von Erzwingungshaft (**Anlage LG-1804 a**)

Der Grundsatz *ne bis in idem* (lateinisch für *nicht zweimal in derselben Sache*),  
eigentlich *bis de eadem re ne sit actio* („zweimal sei in derselben Sache keine  
Gerichtsverhandlung“) schon vom athenischen Redner Demosthenes (384-322  
v.Chr.) erkannt, für deutsche Gerichte: **Sieh Art.103 Abs.3 GG.**

Aber nicht nur **verfassungswidrige Doppelverfolgung** in der gleichen Sache,  
sondern „Geldbuße“ aus einem Gerichtsurteil am Amtsgericht Mettmann mit  
**strafbarer Rechtsbeugung (§339 StGB)**. Das Opfer hat dagegen sofortige  
Beschwerde am Landgericht Wuppertal eingelegt. Dort wurde jedoch rechtliches  
Gehör versagt. Das ist ein **erneuter Verstoß gegen das grundrechtsgleiche  
Recht nach Art.103 Abs.1 GG.**

**So funktioniert ein teuflisches, Menschenrechte-verletzendes  
Unrechtssystem mit Freiheitsberaubung im Wiederholungsfall und einer  
verfassungswidrigen Spitzenleistung! (Zerschlagung 5)**

Der Vorwurf der Doppelverfolgung bezieht sich auf das Urteil der Amtsgerichtes  
Mettmann (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) vom 10.08.2016 **wegen einer  
Verkehrsordnungswidrigkeit, die überhaupt nicht stattgefunden hat  
(strafbare Rechtsbeugung)**

Sieh **Anlage LG-1803a**

Urteil des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 zu Geldbuße  
von 180 € wegen Verkehrsordnungswidrigkeit, obwohl keine  
Verkehrsordnungswidrigkeit vorgelegen hat.

**Das Opfer hat gegen das Urteil sofortige Beschwerde an das Landgericht  
Wuppertal wegen strafbarer Rechtsbeugung und anderen schlimmen  
Sachen eingelegt. Sieh Anlage LG-1803 b**

Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das  
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit  
dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung  
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von  
rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit  
Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Gegen die verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft durch „Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung ist sofortige Beschwerde beim Landgericht Wuppertal eingereicht

> **Anlage LG-1804 a**

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler)

> **Anlage LG-1804 b**

Schriftsatz vom 19. Jan. 2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 55)

> **Anlage LG-1801**

Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15. Jan. 2018: Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch Doppelverfolgung **Hier:** Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15. Jan. 2018 im Umfeld

**eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit Freiheitsberaubung im Wiederholungsfall und einer verfassungswidrigen Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt zur sozialen und psychischen Zerschlagung des Opfers! (Zerschlagung 5)**

Das Opfer mit staatlich erzwungener Altersarmut klagt auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Landgericht Wuppertal, Verwaltungsgericht Düsseldorf und Verwaltungsgericht Berlin.

Velbert, 30. Januar 2018



Albin L. Ockl



## **Anlagen** der sofortigen Beschwerde

### **Anlage LG-1801**

Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018:  
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch Doppelverfolgung

### **Anlage LG-1802**

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert mit Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt mit den Anlagen Staatsgewalt-Missbrauch 01 und 02

#### **Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01**

Förmliche Zustellung der OGV'in Kreyenpoth vom 18.10.2017 (zugestellt am 23.10.2017)

#### **Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02**

Einspruch des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom 07.Sept.2017 mit den Anlagen Zerschlagung5-01 und -02.

#### **Anlage Zerschlagung5-01**

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14  
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

#### **Anlage Zerschlagung5-02**

Urteil vom 10.08.2016 mit **strafbarer Rechtsbeugung**:

Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen fiktiver, wahrheitswidriger Verkehrsordnungswidrigkeit mit unerträglicher Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft

#### **Die detaillierten Ausführungen zu**

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

### **Anlage LG-1803 a**

Urteil des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 zu Geldbuße von 180 € wegen Verkehrsordnungswidrigkeit, obwohl keine Verkehrsordnungswidrigkeit vorgelegen hat.

### **Anlage LG-1803 b**

Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

### **Anlage LG-1804 a**

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler)

### **Anlage LG-1804 b**

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu

hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann  
zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>  
Scroll down after link (page 55)

**Anlage LG-1805 a**

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der  
Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth vom 01.09.2017 mit

**Anlage LG-1805 b**

Zweitschrift der Staatsanwaltschaft für den Gerichtsvollzieher  
mit 180 € aus Urteil vom 10.08.2016

**Teuflich:** So soll der Vollstreckungsschuldner aufs Kreuz gelegt und  
betrogen werden: Verfassungswidrige Spitzenleistung!

**Doppelte Vollstreckung mit Freiheitsberaubung** unter dem  
Deckmantel von Erzwingungshaft (**Anlage LG-1804 a**)

**Legende aller schriftlichen Eingaben an das Amtsgericht Velbert  
und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung  
verfassungswidriger Zwangsverfahren der Staatsanwaltschaft**

**Schriftsatz vom 04.Nov.2017 Widerspruch und Antrag auf  
Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch  
OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II  
1102/17 im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal**

01. Unterzeichner ist nicht Schuldner, sondern als  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer  
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter  
Sippenzerschlagung mit Todesfolge  
ein Justizopfer ohne anwaltliche Unterstützung  
trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in  
Deutschland und Europa

02. Schuldner ist nicht der Unterzeichner, sondern der staatliche  
Täter mit skrupelloser, diskriminierender, diffamierender,  
weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, weil Anspruch auf  
Schadenersatz, Rehabilitierung und Schmerzensgeld  
Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zu  
sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4) und massiver Verstoß gegen  
internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)  
Missachtung des Einspruchs vom 07.Sept. 2017 und Missbrauch von  
Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin für aktive Beteiligung  
an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer  
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter  
Sippenzerschlagung mit Todesfolge  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

**Schriftsatz vom 30.Januar 2018: Sofortige Beschwerde gegen  
Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom  
15.Jan.2018 (eingegangen am 18.Jan.2018)  
mit Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung wegen  
mehrfachen Missbrauch von Staatsgewalt durch  
weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Anweisung durch die  
beklagte Bundesregierung / Bundeskanzleramt**

03. Justiz eines  
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems:  
Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft  
mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt)  
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör  
für Staatsschuld,  
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,  
für Schadenersatz und Rehabilitierung,  
für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen  
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-  
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen  
Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung  
(Bundeskanzleramt):  
Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden  
Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf  
rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG  
Aktuelle Hintergrundinformationen zu  
**Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation**  
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,  
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter  
Verantwortung von  
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)  
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)  
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin  
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung  
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen  
Unrechtssystems ist zu schützen

05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen  
Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung  
(Bundeskanzleramt):

Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden  
Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf  
rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches,  
Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010**

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018  
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre  
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**  
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen  
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum  
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor  
Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen  
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter  
Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit  
verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen  
für Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen  
Vergleich (2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018)  
degeneriert ist

Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs  
von Staatsgewalt

durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft  
„Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender  
Doppelverfolgung

am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert  
zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers  
in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und  
Diffamierung

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe  
in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem:  
Frontalangriff auf das Grundgesetz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)